

# Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Netzwerkgruppe Stuttgart, Juni 2008

## Mehr Personal für die Krankenhäuser und höhere Löhne Profite und Vermögen besteuern



Genug ist genug. Wir wollen Patienten heilen und nicht im Akkord durch die Stationen schleusen. Wir wollen nicht länger unter Arbeitsbedingungen arbeiten, die uns selber krank machen.

Es darf nicht sein, dass 20 bis 30 Milliarden € Steuergelder zum Ausgleich von Spekulationsverlusten an die Banken fließen und gleichzeitig die Krankenhäuser durch den Entzug von Steuergeldern und durch Unterfinanzierung in die

Insolvenz getrieben werden.

Ulla Schmidt und die Bundesregierung wollen in den nächsten Wochen und Monaten neue Gesetze beschließen bzw. umsetzen, die die Krankenhäuser und Krankenkassen noch mehr dem Konkurrenz- und Profitprinzip ausliefern: Gesundheitsfonds, Bundesbasisfallwert, Abschaffung der dualen Finanzierung, Insolvenzfähigkeit von Krankenkassen, Vertragsfreiheit für Krankenkassen. Das muss verhindert werden.

Krankenhausbeschäftigte sind keine Kostenfaktoren. Indem wir Kranke heilen, produzieren wir gesellschaftlichen Reichtum. Von diesem Reichtum muss ein höherer Anteil bei uns ankommen. Deshalb ist unser Kampf ein Kampf um Umverteilung von oben nach unten und sollte von ver.di auch so geführt werden. Eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge ist abzulehnen. Das Geld ist über Steuern auf Profite und hohe Vermögen zu holen.

## Geld ist genug da

Laut Bericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung vom November 2007 betrug das private Geldvermögen in Deutschland im Jahr 2006 insgesamt 5,4 Billionen Euro. Wenn mit einer Reichensteuer das obere Drittel dieses Vermögens abgeschöpft würde, wären Bund, Länder und Kommunen auf einen Schlag schuldenfrei. Darüber hinaus wären 300 Milliarden Euro übrig. Zusätzlich würden 65 Milliarden Euro Zinsen, die die Banken jährlich für die Staatsverschuldung einsacken, eingespart. Das Geld für ein Sofortprogramm zur Schaffung von 100.000 Stellen in den Krankenhäusern (4 Milliarden), für eine Erhöhung der Budgets um 7 Milliarden, für die Behebung des Investitionsstaus von 50 Milliarden und eine Erhöhung der Löhne ist im Überfluss vorhanden.

- Für die sofortige Schaffung von 100.000 Stellen in den Krankenhäusern und einen Tarifvertrag zur Personalbemessung für alle Stationen und Berufsgruppen.
- Für eine deutliche Anhebung des Lohnniveaus in den Krankenhäusern unterhalb der Ebene der Oberärzte.
- Schluss mit der Vermarktwirtschaftlichung der Krankenhäuser. Weg mit den Fallpauschalen, alle Kosten müssen ersetzt werden
- Öffentlich ist wesentlich. Keine weitere Privatisierungen. Stattdessen Rückführung aller privatisierten Krankenhäuser und Überführung der Krankenhaus- und Versicherungskonzerne sowie der Pharmaindustrie in öffentliches Eigentum und demokratische Verwaltung.



## Treffen der Netzwerkgruppe Stuttgart

Mittwoch, den 10. September 2008

um 18.00 Uhr

in der Kellerschenke, Gewerkschaftshaus,

Willi-Bleicherstr. 20

## Generalstreik in Tschechien



Die Proteste gegen den Neoliberalismus der tschechischen Regierung gipfelten am 24. Juni 2008 in einen Generalstreik. Ab sechs Uhr morgens traten die Beschäftigten der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens in den Ausstand gegen Privatisierungen von Kliniken und Krankenkassen. Nachmittags schlossen sich Arbeiter und Angestellte mit einer einstündigen Arbeitsniederlegung an. Das war der größte gewerkschaftliche Ausstand seit den frühen 90er Jahren. Vor den meisten Krankenhäusern fanden Protestkundgebungen und anschließend Demonstrationen statt. Bei einer Erwerbsbevölkerung von insgesamt 5,2 Millionen beteiligte sich eine Million aktiv an dem Streik. Der Protest richtete sich auch gegen die geplante Anhebung des Rentenalters auf 65 Jahre.